

Antrag

der Abgeordneten Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Friedbert Pflüger, Dr. Christian Ruck, Hermann Gröhe, Dr. Wolfgang Bötsch, Anke Eymer (Lübeck), Erich G. Fritz, Michael Glos, Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Joachim Hörster, Claudia Nolte, Ruprecht Polenz, Dr. Klaus Rose, Volker Rühle, Bernd Schmidbauer, Dr. Andreas Schockenhoff, Dr. Hans-Peter Uhl, Peter Weiß (Emmendingen), Willy Wimmer (Neuss) und der Fraktion der CDU/CSU

Für einen europäisch-kolumbianischen Dialog und einen erfolgreichen Friedensprozess in Kolumbien einsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach der Hälfte seiner Amtszeit verfügt Präsident Álvaro Uribe Vélez noch immer über eine ungebrochen hohe Popularität: Nach repräsentativen Meinungsumfragen wird seine Politik von 78 Prozent der Befragten unterstützt, was derzeit den höchsten Grad an Zustimmung in ganz Lateinamerika bedeutet. Zum ersten Male erscheint eine dauerhafte Lösung des über 40-jährigen blutigen inneren Konfliktes möglich, der durch bürgerkriegsartige Auseinandersetzungen mit marxistischen Guerillagruppen, Paramilitärs (AUC) und mit Drogenbaronen geprägt war. Dieser Konflikt hat die Staatlichkeit und Demokratie des Landes in Frage gestellt und auf die gesamte Andenregion ausgestrahlt. Weiterhin ist die internationale Gemeinschaft, einschließlich Europa gefragt, den Friedensprozess durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen. Wichtig ist hierbei, die verschiedenen friedenspolitischen Anstrengungen zusammenzuführen.

Bei den verschiedenen Bemühungen um eine Beilegung des Konfliktes in Kolumbien hat sich letztlich gezeigt, dass ein erfolgversprechender Weg nur in der Kombination der beiden Elemente „militärischer Druck“ und „Verhandlungen“ liegt. Präsident Álvaro Uribe Vélez hat mit seinem Programm „demokratische Sicherheit“ diesen Weg eingeschlagen. Seine bisherige Erfolgsbilanz liest sich positiv: Die Anzahl der Entführungen und der Binnenflüchtlinge ist um die Hälfte gesunken, Massaker und Überfälle auf ländliche Gemeinden haben stark nachgelassen, Anschläge auf die Energieversorgung konnten um 64 Prozent vermindert werden, die Anzahl der gewaltsamen Todesfälle ist die niedrigste seit 18 Jahren, und die Koka-Anbaufläche konnte insgesamt verringert werden. 6 000 bis 7 000 Paramilitärs haben sich nach Regierungsangaben freiwillig „demobilisiert“ und nehmen an Wiedereingliederungsprogrammen teil. Dabei gingen nach einer offiziellen Statistik für das Jahr 2003 70 Prozent der insgesamt 1 440 Opfer von Massakern auf das Konto der Paramilitärs sowie 80 Prozent der in demselben Jahr verübten 3 313 politischen Morde.

Der Friedensprozess bleibt äußerst fragil, und Rückschläge sowohl hinsichtlich der Verhandlungen mit den Paramilitärs (AUC) als auch hinsichtlich der zaghaf-

ten Friedensgespräche mit der Guerilla nicht ausgeschlossen. Schätzungen zufolge wurden in Kolumbien im letzten Jahr ca. 2 200 Personen entführt; unter den Entführten ist auch die frühere Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt. Auch die Situation der Kommunalpolitiker, die wegen akuter Morddrohungen im Binnenexil leben müssen, hat sich kaum verbessert. Selbst für ausländische Geschäftsleute und Diplomaten bleibt ein Risiko, entführt zu werden. Seit drei Jahren ist ein deutscher Staatsbürger in der Hand der Guerilla.

Die Regierung Álvaro Uribe Vélez ist ferner bemüht, im Süden des Landes Gebiete wieder in den Griff zu bekommen, die bislang von der Guerilla kontrolliert wurden, und damit im ganzen Land Staatlichkeit wiederzustellen und das Recht durchzusetzen. All dies wurde durch die Indienststellung zusätzlicher 56 000 uniformierter Kräfte zwischen August 2002 und Mai 2004 ermöglicht. Gleichzeitig versucht die Regierung mit Beschäftigungsprogrammen im Bereich Umweltschutz und mit dem Anbau von Produkten, die die Koka-Pflanze substituieren sollen, der ländlichen Bevölkerung – darunter viele interne Flüchtlinge – eine Perspektive jenseits des Drogenanbaus zu geben. Dennoch gibt es Kritik, dass trotzdem zu wenig Alternativen für die betroffenen Bauern angeboten werden. Verstärkte Grenzkontrollen und regionale Sicherheitsprogramme sollen die Verlagerung des Drogengeschäfts in die Nachbarstaaten verhindern. Gleichwohl werden Kolumbiens lange und zum Teil unzugängliche Grenzen zu den Nachbarstaaten eine sicherheitspolitische Herausforderung bleiben.

Die kolumbianische Bevölkerung hat diese Maßnahmen und auch die Arbeit der Sicherheitsorgane positiv bewertet. Als Folge wird eine Verfassungsänderung erwogen, die Präsident Álvaro Uribe Vélez eine direkte Wiederwahl ermöglichen und die Fortsetzung seiner Politik der „demokratischen Sicherheit“ garantieren soll. Ohne die innenpolitischen Balancen und historischen Traditionen, die mit der Frage der direkten Wiederwahl in Kolumbien verknüpft sind, verkennen zu wollen, würde der Deutsche Bundestag die generelle Möglichkeit der Wiederwahl des Staatspräsidenten begrüßen. Die Einschränkung der direkten Wiederwahl zu Staatsämtern, wie sie zahlreiche lateinamerikanische Länder vorsehen, weist auch klare Nachteile in punkto Kontinuität und Verantwortlichkeit auf.

Waffenstillstand, Demobilisierung und Reintegration werden jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn sie von der Gesellschaft als ganzer getragen werden. Die Reform der kolumbianischen Gesellschaft und die Überwindung der sozialen Ungleichheit ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Frieden überhaupt möglich wird und langfristig Bestand hat. Neue Formen von Staatlichkeit durch Dezentralisierung, größere Verteilungsgerechtigkeit und gesellschaftliche Beteiligung sind noch nicht gefunden. Ein großes Problem ist die schwache Justiz und die Straflosigkeit. Die Vereinten Nationen schätzen die menschenrechtliche Lage in Kolumbien als nach wie vor kritisch ein.

Die USA haben seit 1999 den von der Regierung Pastrana vorgelegten „Plan Colombia“ zur Überwindung des inner-kolumbianischen Konflikts mit 1,3 Mrd. US-Dollar unterstützt. Gleichzeitig haben die USA die Nachbarländer in ihren Antidrogen-Maßnahmen gestärkt, um die Verlagerung des Anbaus bzw. des Handels mit Drogen und deren Verarbeitung in die Nachbarländer von vornherein zu verhindern. Über die Drogenpolitik hinaus sind die Stabilisierung der Region und der Kampf gegen den Terrorismus in den Mittelpunkt der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik der Vereinigten Staaten gerückt. Kolumbien ist mittlerweile der drittgrößte Empfänger von US-Auslandshilfe.

Brasilien hat sich zu einem der wichtigsten Partner Kolumbiens im Kampf gegen die Narkoguerilla entwickelt. Beide Staaten teilen eine gemeinsame Bedrohungsanalyse. Während sich das Verhältnis zu Peru und Ecuador einfacher gestaltet, da beide Länder ein Interesse an einer Befriedung Kolumbiens und Bekämpfung der Drogenplage haben, ist Venezuela unter Hugo Chavez, der

sich fälschlicherweise als „bolivarianischer Präsident“ bezeichnet, der schwierigste Nachbar. Nicht nur sind die venezolanischen Grenzkontrollen dürftig, sondern das venezolanische Regime vollzieht auch keine klare ideologische und faktische Abgrenzung zur kolumbianischen Guerilla, insbesondere zur FARC.

Die Beziehungen Kolumbiens zu Europa sind schwierig. Die EU hat trotz ihres Engagements in Kolumbien, z. B. für „Friedenslaboratorien“, bisher keinen konstruktiven Dialog mit der Regierung Álvaro Uribe Vélez etablieren können. Beide Seiten können sich nicht darauf verständigen, wie eine Aufteilung zwischen militärischer und ziviler Krisenbewältigung aussehen soll. In Kolumbien wird die europäische Politik nicht selten als ambivalent und unkooperativ empfunden. Hinzu kommt eine „Paralleldiplomatie“ der kolumbianischen Guerilla-Gruppen, die in der europäischen Öffentlichkeit zum Teil stark beachtet wird. Der Deutsche Bundestag ist überzeugt, dass es sich bei den innerkolumbianischen Auseinandersetzungen mit AUC, FARC und ELN längst nicht mehr alleine um einen Bürgerkrieg handelt, sondern um eine der politischen Inhalte weitgehend entleerte Auseinandersetzung mit in den Drogenhandel eingebundenen Kriminellen und Terroristen, die eine Demokratie bedrohen. Angesichts der strategischen Bedeutung eines möglichst stabilen, demokratischen Lateinamerika auch für Europa und der negativen Auswirkungen des Drogenhandels und der Geldwäsche auf Europa müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten ein gewichtiges Interesse daran haben, im internationalen Rahmen eine stärkere, gestaltende Rolle im kolumbianischen Konflikt zu übernehmen.

2005 läuft der „Plan Colombia“ aus. Die kolumbianische Regierung möchte ihn verlängern. Bislang hat Kolumbien im Zusammenhang mit dem „Plan Colombia“ überwiegend militärisch mit den USA und in der Entwicklungspolitik mit Europa kooperiert. Erstmals im Juni 2003 wurde im Londoner Abkommen eine gemeinsame Position der Geberländer und der kolumbianischen Regierung zu einer friedlichen Konfliktlösung formuliert. Dennoch steht eine Zusammenführung des zweigleisigen Ansatzes der kolumbianischen Regierung aus.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich bei der geplanten Neufassung des „Plan Colombia“ 2005 positiv einzubringen und den kolumbianischen Staat bei den Friedensverhandlungen mit den illegalen bewaffneten Gruppen zu unterstützen;
2. verbunden mit der geplanten Neufassung des „Plan Colombia“ gemeinsam mit den europäischen Partnern im Rahmen einer neuen internationalen Geberkonferenz, auf die Zusammenführung der bisher parallel geführten Zusammenarbeit Kolumbiens mit den USA und mit Europa zu drängen und damit die dringend gebotene Bündelung aller Anstrengungen herbeizuführen;
3. sich für die Wiederherstellung eines konstruktiven europäisch-kolumbianischen Dialoges einzusetzen, der die legitimen Interessen der Regierung Kolumbiens respektiert;
4. gemeinsam mit den europäischen Partnern, der internationalen Gemeinschaft sowie der OAS für eine Harmonisierung der Verhandlungsprozesse zwischen der kolumbianischen Regierung und den irregulären Kräften einzutreten und den kolumbianischen Staat bei der Demobilisierung bzw. der Re-Integration von ehemaligen Angehörigen der Paramilitärs, der FARC und der ELN zu unterstützen;
5. alle erdenklichen diplomatischen Anstrengungen – auch im Rahmen der VN und der OAS – zu unternehmen, um auf den venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez einzuwirken, dass er den kolumbianischen Narkoguerillas keine Ruheräume auf venezolanischem Territorium gewährt und den Kampf gegen die Narkoguerilla und den weiteren Drogenhandel tatkräftig unterstützt;

6. Präsident Álvaro Uribe Vélez bei seinen Bemühungen um die Freilassung aller von der Guerilla und Paramilitärs gefangen gehaltenen Geiseln nachdrücklich zu unterstützen, und dabei insbesondere sich um das Schicksal des verschleppten deutschen Staatsbürgers intensiv zu kümmern;
7. im Verbund mit der internationalen Gemeinschaft darauf zu drängen, dass im Interesse einer nationalen Versöhnung zwischen Tätern und Opfern des internen Konfliktes in Kolumbien eine „Wahrheitskommission“ eingerichtet wird;
8. die kolumbianische Regierung bei der Stärkung eines unabhängigen Rechtssystems zu unterstützen; Ziel muss sein, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ahnden;
9. an die kolumbianische Regierung zu appellieren, mit dem Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen in Bogota sowie den drei Regionalbüros in Cali, Medellin und Bucaramanga weiterhin eng zusammenzuarbeiten und den Empfehlungen des VN-Hochkommissars für Menschenrechte vom 17. Februar 2004 anlässlich der 60. Tagung der VN-Menschenrechtskommission nachzukommen, um die Grundlage für eine Verbesserung der menschenrechtlichen Situation in Kolumbien zu schaffen;
10. den kolumbianischen Friedensprozesse auch dadurch zu begleiten, dass Unterstützung für die Bekämpfung des Drogenanbaus und Drogenhandels sowie für die Verringerung des Anreizes, im Drogengeschäft aktiv zu sein, in internationalen Verbund fortgesetzt und ausgebaut wird;
11. den kolumbianischen Staat bei der Räumung von Minenfeldern zu unterstützen;
12. die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit Kolumbien über die gegenwärtig vereinbarten Schwerpunkte Friedensförderung und Umweltschutz hinaus zu erweitern in Richtung einer engagierten Unterstützung der kolumbianischen Regierung bei der Überwindung der sozialen Ungleichheit;
13. bei der kolumbianischen Regierung darauf zu drängen, eine Debatte über innere Reformen wie Landreform, Zugang zu Ressourcen, Öffnung des Parteiensystems sowie Partizipation der Zivilgesellschaft zu eröffnen, und die internationale Flankierung angemessener Reformen in diesen Bereichen anzubieten.

Berlin, den 20. Oktober 2004

Klaus-Jürgen Hedrich
Dr. Friedbert Pflüger
Dr. Christian Ruck
Hermann Gröhe
Dr. Wolfgang Bötsch
Anke Eymer (Lübeck)
Erich G. Fritz
Michael Glos
Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg
Joachim Hörster
Claudia Nolte
Ruprecht Polenz
Dr. Klaus Rose
Volker Rühle
Bernd Schmidbauer
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Hans-Peter Uhl
Peter Weiß (Emmendingen)
Willy Wimmer (Neuss)
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion